

Aachen, den 14. Februar 2012

Licht am Ende des Tunnels? Jedes fünfte Kind in der Städteregion Aachen ist hilfebedürftig

Laut Statistischem Jahrbuch der Städteregion Aachen lebten am Stichtag 31.12.2009 insgesamt 74.980 Kinder unter 15 Jahren in der Region. Diese Zahl hat seitdem tendenziell abgenommen. Stellt man die Zahl der unter 15-Jährigen (knapp über 70.000) den 14.506 ‚Leistungsbeziehern‘ (Hartz IV) vom Januar 2012 gegenüber, die unter 15 Jahre alt und als „nicht erwerbstätig“ aufgeführt sind, dann ist zu schlussfolgern, dass jedes fünfte Kind unter 15 Jahren armutsbetroffen und von Transferleistungen abhängig ist.

Eine oberflächlich betrachtete Abnahme der Kinder aus einkommensschwachen sogenannten ‚Bedarfsgemeinschaften‘ zum Vorjahr 2011 liegt einerseits am Geburtenrückgang und andererseits an der Tatsache, dass auch unter 15-Jährige älter werden und damit aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit bei unter 15-Jährigen herausfallen.

Da der Niedriglohnbereich stark zugenommen hat, können immer weniger Menschen ihren Lebensunterhalt durch ihre Arbeit finanzieren. Wird die Hartz IV-Grenze (alleinerziehende Mutter mit einem 15-jährigem Kind erhält 661 € plus Kosten der Unterkunft) auch nur geringfügig überschritten, gilt die gesamte Familie nicht mehr als bedürftig, unabhängig davon, wie schlecht ihre finanzielle Situation tatsächlich ist. Die Armutsstatistik mit den erfassten ‚Hartz IV -Beziehern‘ sagt daher wenig darüber aus, wie viele Menschen tatsächlich am Existenzminimum leben müssen.

DIE LINKE sieht sich aufgrund dieser Entwicklung in ihrer Forderung nach einer armutsfesten Mindestsicherung mit höheren Regelsätzen für Erwachsene und Kinder bestätigt. Wer Vollzeit beschäftigt ist, muss ohne Aufstockung auskommen können. Die Realität in der Städteregion sieht leider anders aus. Um 23 Prozent haben die schlecht bezahlten und befristeten Beschäftigungen (z.B. Leiharbeit) zugenommen. (*Quelle: Aachener Nachrichten vom 26.01.12*). Diese prekären Beschäftigungsverhältnisse verfestigen die Abhängigkeit von Sozialleistungen und tragen trotz sinkender Geburtenrate nichts zum Rückgang der Kinderarmut bei.

Fazit der sozialpolitischen Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Dr. Carolin Butterwegge: „Der Weg in die Hartz IV- und Niedriglohngesellschaft kommt unsere Kinder teuer zu stehen. Wir brauchen endlich einen Politikwechsel. Die Löhne und Gehälter sind längst so weit abgesenkt, dass eine Familie davon kaum noch leben kann.“ Butterwegge fordert daher einen abgestimmten Aktionsplan gegen Armut, der auch die regionalen Bedingungen berücksichtigt.

Richtungsweisende Entscheidungen als Chefsache der Politik sind hier längst überfällig, fordert die Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag! Bis dahin wäre als Sofortmaßnahme sicherzustellen, dass ‚Dumpinglohnverhältnisse‘ nicht noch durch Jobcenter unterstützt werden, da sie Armut verfestigen.

Anja Linz